

NRW / Krefeld

## KLIMANEUTRALITÄT

**Verwaltung muss Klimabilanz zum Surfpark neu erstellen**

17. März 2023 um 07:00 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Die Klimabilanz für das geplante Surfpark-Vorhaben muss neu berechnet werden, so der Wille des Klimateams. Foto: Kauth&Von Buch Architekten

**Krefeld. Antrag von Björna Althoff („Klimaliste“) findet breite Mehrheit im Umweltausschuss. Sie drängt auf Transparenz bei Energiebedarf und CO<sub>2</sub>-Fußabdruck, um in Planungsausschuss und Rat eine fundierte Grundlage für die Entscheidung zu haben.**

Von Yvonne Brandt

Redakteurin

Die Stadtverwaltung muss eine neue Klimawirkungsprüfung zum Surfparkvorhaben erstellen. Das beschloss am Mittwochabend eine Mehrheit aus CDU, Dreiviertel der Grünen und Linke, gegen die Stimmen von SPD, einer Grünen-Politikerin und der AfD im Umwelt- und Klimateam. Dies sei notwendig, um den zusätzlichen Energiebedarf und die Folgen auf das Erreichen der Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen.

## Die von der Stadt genannten Zahlen seien nicht vollständig

Den neuen Antrag hat Ratsfrau Björna Althoff von der Klimaliste gestellt. Stadtdirektor Markus Schön hatte in der WZ-Debatte vor zwei Wochen zum Für und Wider zum Surfpark am Elfrather See aus der beauftragten Klimawirkungsprüfung zitiert und von zusätzlichen Treibhausgas-Emissionen in Höhe von 95 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr gesprochen, die bis 2035 sogar auf 56 Tonnen pro Jahr sinken würden. Diese Zahlen hatte Althoff schon bei der WZ-Debatte als falsch bezeichnet und ihrer Meinung nach auf Fehler und Mängel bei der Berechnung und Fragestellung hingewiesen. Die begründete sie jetzt noch einmal detailliert mündlich und per Antrag im Ausschuss.

Das für die Prognose des mit der Klimawirkungsprüfung beauftragten SWK E2-Instituts zugrunde gelegte Szenario beruht auf der Zusicherung des Betreibers, regenerative Energien zu verwenden. Das Institut geht beim Surfpark von einem zusätzlichen Energiebedarf von 2,6 Gigawatt pro Jahr (GWh/a) aus. Das entspricht dem durchschnittlichen Verbrauch von 2000 Krefeldern. „Sofern der Energiebedarf des Surfparks nicht aus Eigenversorgung (durch Photovoltaik oder Windkraftanlage) abgedeckt wird, kann nicht externer Ökostrom angerechnet werden, der aus einem Mix besteht“, erklärt Althoff. Das führe zu einer verbotenen Doppel-Bilanzierung.

### Info

#### Prüfung

**Klimawirkungsprüfung** Die Stadt hat auf Antrag eine Klimawirkungsprüfung für den Surfpark vorgenommen, um dem Rat eine Entscheidungsgrundlage zu geben. Während Stadtvertreter daraus öffentlich schon zitierten, lag das Ergebnis der Politik noch nicht vor. Inzwischen haben sie es erhalten.

Was in Gänze in der vorliegenden Bewertung laut Althoff fehle, sei die CO<sub>2</sub>-Bilanzierung baubedingter Emissionen. „Bereits heute ist erkennbar, dass der Surfpark gigantische Mengen an Baumaterial benötigen wird und eins der Hauptbaumaterialien Beton sein wird, der mit einem allgemein bekannt hohen CO<sub>2</sub>-Abdruck einhergeht“, betont Althoff.

Für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 836 läge durch die Rückbauverpflichtung bereits eine Mengenangabe für die voraussichtlichen Betonmengen vor. Die Höhe nennt sie nicht, schließlich sind diese Verträge nichtöffentlich. Doch sie kennt sie, wie sie betont. Eine darauf aufbauende Berechnung der mit den Betonmengen verbundenen Emissionen sei „aufgrund der festgestellten Erheblichkeit der Klimawirkung dieses Aspektes angezeigt“. Eine qualitative Bewertung, die auch Julia Müller (Grüne) für die Abwägung des Surfpark-Vorhabens als wichtig erachtet.

## **Hitzige Debatte zwischen SPD und Björna Althoff**

Zwischendurch hatte es eine Kontroverse zwischen Jürgen Hengst (SPD) einerseits und Björna Althoff und Sebastian Schubert (Linke) andererseits gegeben. Hengst wollte bei der Diktion „Ich (Björna Althoff) erkläre euch die Welt“ nicht mehr mitmachen, zumal sie nur eine, sprich ihre Seite, betonen wolle. Die Ergebnisse des Instituts lägen vor, und man könne die Antworten herauslesen, dass, „wenn durch ein zusätzliches Projekt Energie verbraucht wird, das anderswo kompensiert werden muss“. Eine Aussage, die die Fachverwaltung im Laufe der Diskussion erstmals öffentlich bestätigte. Hengst: „Politik ist eben immer auch ein Abwägungsprozess.“

Das ließen Schubert wie Althoff nicht so stehen. Schubert: „Es gibt einen wissenschaftlichen Konsens zu den Folgen von CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Klimaneutralität, bei den Fachleuten zählt kein Abwägen, sondern die Fakten.“ Der Abwägungsprozess werde im Planungsausschuss und im Rat noch geführt, ergänzte Julia Müller. Und dafür würden die Fakten benötigt.

Umweltdezernentin Sabine Lauxen betonte wiederholt, dass „die Verwaltung nicht falsch gerechnet hat, wir haben anders gerechnet und andere Grundlagen genommen.“ Wenn die Politik mehr wünsche, wäre das kein Problem und die Aufgabe werde an einen Fachgutachter weitergeben.

---